

Pläne der Bundesregierung

Ostdeutsche in Führungspositionen



Pläne der Bundesregierung

Ostdeutsche in Führungspositionen

© Model Foto: Colourbox.de

2

dbb

Auch heute, über drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung, sind Ostdeutsche in Führungsebenen immer noch unterrepräsentiert. Dies belegen unterschiedliche Studien (siehe Kasten). Auch die Verwaltung ist betroffen. Ein Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen soll helfen, den Misstand auszugleichen. Denn eines ist klar: Nur wenn unterschiedliche Herkunftste repräsentiert sind, können auch verschiedene Perspektiven einfließen.

Trotz des inzwischen über drei Jahrzehnte andauernden Einigungsprozesses entspricht die Zahl der Ostdeutschen in Spitzenpositionen bei Weitem nicht ihrem Anteil in der Bevölkerung. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: Nach der Wiedervereinigung wurden viele ostdeutsche Betriebe abgewickelt oder privatisiert. Dies führte zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland. In Unternehmen, die fortan häufig von Westdeutschen geführt wurden, hatten ostdeutsche Talente das Nachsehen.

Schuld daran war unter anderem das sogenannte „Ähnlichkeitsprinzip“, wie der Elitensoziologe Michael Hartmann konstatiert. Nach dieser These bestimmt nicht nur die Leistung, sondern auch das Auftre-

ten oder ähnliche Interessen darüber, ob ein Aufsteiger als potenzieller Nachfolger wahrgenommen wird. Ostdeutsche, aber auch Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund haben das Nachsehen, wenn Entscheider vor allem denjenigen Mitarbeitenden Führungsqualitäten attestieren, die ihnen selbst am ähnlichsten sind. Oftmals können auch persönliche Beziehungen und berufliche Netzwerke entscheidend sein, wenn es darum geht, Führungspositionen zu ergattern. Ostdeutsche waren lange von solchen Netzwerken in die Führungsetagen abgeschnitten. Frappierend, dass diese Benachteiligung sogar in Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen besteht, die in Ostdeutschland angesiedelt sind. Die Hoffnung, dass es sich dabei nur um ein

vorübergehendes Phänomen der Wiedervereinigung handelt, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr deutet sogar einiges darauf hin, dass sich die Unterrepräsentation Ostdeutscher weiter verfestigt hat und teilweise sogar größer wird.

■ Eine Frage der Gerechtigkeit

Ostdeutsche verfügen über Erfahrungen bei der Bewältigung von einschneidenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Diese Kenntnisse können auch in Führungspositionen von Vorteil sein. Mehr noch: Unsere Demokratie lebt davon, gleiche Chancen herzustellen. Andauernde Ungleichheit und Unterrepräsentation von einzelnen Bevölkerungsgruppen wird als diskriminierend empfunden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Ampelkoalition in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen und Verwaltungsgremien entscheidend zu verbessern. Im Januar 2023 wurde durch den Ostbeauftragten der Bundesregierung ein Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen vorgestellt und im Kabinett beschlossen.

■ Ostdeutsche empfinden den Mangel an Repräsentation als Problem

Eine Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2019 zeigt: Viele Ostdeutsche sehen ein Problem darin, dass Ostdeutsche in Elite-Positionen selten anzufinden sind. Betroffen macht, dass sich auch 30 Jahre nach der Wende viele Ostdeutsche als „BürgerInnen zweiter Klasse“ fühlen. Diese Einstellungen beeinflussen natürlich auch das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Ergebnisse aus dem Deutschland-Monitor 2022 belegen, dass die Zufriedenheit mit der in Deutschland gelebten De-

> Info

Weiterführende Informationen

Vogel/Zajak (2020): Teilhabe ohne Teilnahme? Wie Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in der bundesdeutschen Elite vertreten sind. DeZIM Research Notes, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations und Migrationsforschung (DeZIM).

Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (2022): Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Bericht 2022, S. 89 ff.

mokratie seit 2020 zurückgegangen ist. Während sie bei den Westdeutschen noch bei 59 Prozent lag (2020 waren es noch 65 Prozent) waren bei den Ostdeutschen nur noch 39 Prozent mit der parlamentarischen Demokratie einverstanden (2020 waren es 48 Prozent). Natürlich kann dieser Rückgang nicht nur mit der mangelnden Repräsentanz erklärt werden. Die verschiedenen Krisen der letzten Jahre haben sicherlich ebenfalls einen Einfluss auf diese Einstellungen genommen, dennoch kann die Politik vor dieser Entwicklung nicht die Augen verschließen.

Die Politik reagiert

Im Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ wurde 2019 ebenfalls bereits konstatiert, dass Ostdeutsche nicht ausreichend in Führungspositionen vorzufinden sind. Dringendes politisches Handeln sei erforderlich. Die Bundesregierung betonte in ihrer Stellungnahme zu den Empfehlungen der Kommission, dass die Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen im gesamtstaatlichen Interesse liegt und sie mit geeigneten Maßnahmen unter Beachtung der Vorgaben aus Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetz-

zes (Stichwort „Eignung und Befähigung“) auf einen angemessenen Anteil von Personen aus allen Bundesländern in Führungspositionen der Bundesverwaltung hinwirken will.

Mit dem nun vorliegenden Bundeskonzept schafft die Bundesregierung erstmals eine valide Datengrundlage für dieses Ziel und schlägt Maßnahmen vor, die zur Erhöhung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung beitragen sollen.

Wer ist eigentlich ostdeutsch?

In der Wissenschaft existiert keine allgemeingültige Definition darüber, wer ostdeutsch ist. In den 1990er-Jahren wurde der Geburtsort in der ehemaligen DDR als Beleg ostdeutscher Herkunft gewertet, doch dieses Kriterium verliert heute immer mehr an Trennschärfe. Neben Wohnort und Geburtsort könnte auch die Kategorisierung nach Sozialisationshintergrund mit einberechnet werden. Ostdeutsch könnte also sein, wer in der ehemaligen DDR oder in Ostdeutschland geboren ist oder zumindest einen Elternteil hat, der dort geboren wurde. Je nachdem, wie man den Begriff bestimmt, schwankt der Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung zwischen 16,7 und 26,1 Prozent. Für das Bundeskonzept wurde der Geburtsort als Referenz herangezogen. Personen, die in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen geboren wurden, gelten demnach als „ostdeutsch“.

Eine Palette von Maßnahmen

Zur Erreichung des Ziels, die Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen zu verbessern, wurden eine Palette von übergeordneten, aber

auch niedrigschwelligen Maßnahmen entwickelt. Zu den übergeordneten Maßnahmen gehören die Selbstverpflichtung der Bundesverwaltung, ein Spiegelbild der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu sein und als Vorbild zu dienen. Daneben soll in dieser Legislaturperiode eine „Diversity-Strategie“ für die Bundesverwaltung entwickelt werden. Die kontinuierliche Datenerhebung soll Veränderungen transparent machen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung neuer Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland geplant.

Niedrigschwellige Maßnahmen als wichtige Ergänzungen

Nicht alle Entscheidungsträger wissen um das Problem der mangelnden Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen. Die Sensibilisierung für das Thema auf sämtlichen Hierarchieebenen ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der Maßnahmen. Bei den Gremien, die für Personalauswahl zuständig sind, sollte in Zukunft besonders auf Vielfalt bei der Besetzung geachtet werden. Auch der Personalaustausch zwischen Behörden des Bundes und der Länder, sowie zwischen öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft soll gefördert werden. Nachwuchskräfte aus Ostdeutschland sollen gezielt angesprochen und durch Mentoringprogramme auf die Übernahme von Führungspositionen vorbereitet werden.

Forschungsprojekte und kommunikative Maßnahmen begleiten die Entwicklung

2019 wurde eine Beschäftigungsbefragung in der Bundesverwaltung zu Vielfalt und Chancengleichheit durchgeführt, die 2023 wiederholt werden soll. Aus diesen Umfragen können auch Erkenntnisse über die Diversität von Führungs-

kräften in der Verwaltung gewonnen werden.

2022 initiierte der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland ein mehrjähriges Forschungsprojekt, den sogenannten Elitenmonitor. Hier werden das Ausmaß, die Ursachen und die Folgen der Unterrepräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen untersucht und Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Ergebnisse werden auch im Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit veröffentlicht. Zusätzlich dienen die Erkenntnisse der Weiterentwicklung des Bundeskonzepts.

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacyber@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714

Anzeigenposition:

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712,

Preisliste 26, gültig ab 1.1.2023

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Kompromiss gelungen – Tarifaueinandersetzung beigelegt

Wichtiges Signal an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen ist am 23. April 2023 in Potsdam in der durch die Schlichtung notwendig gewordenen vierten Verhandlungsrunde ein Ergebnis erzielt worden.

Danach werden im Juni dieses Jahres 1 240 Euro als Inflationsausgleichspauschale steuer- und abgabenfrei an die Tarifbeschäftigten ausgezahlt, bis Februar 2024 folgen weitere monatliche Zahlungen in Höhe von 220 Euro, insgesamt also 3 000 Euro. Zum 1. März 2024 werden alle Entgelte in einem ersten Schritt um 200 Euro und in einem zweiten Schritt um 5,5 Prozent, mindestens aber um 340 Euro erhöht. Zulagen, für die eine Entgeltanpassung vereinbart ist, werden zu diesem Zeitpunkt mit 11,5 Prozent dynamisiert. Die Auszubildenden erhalten die Hälfte des Inflationsausgleichs, die Ausbildungsvergütungen werden zum 1. März 2024 um 150 Euro erhöht. Einzelheiten und weitere Dokumente wie das Einigungspapier und vorläufige Entgelttabellen können unter www.dbb-mv.de nachgelesen werden.

„Dieser gelungene Tarifkompromiss liegt in der Spitzengruppe der diesjährigen Abschlüsse, wie zum Beispiel bei der Deutschen Post, und ist leider nur durch den Druck von der Straße – auch durch die Kolleginnen und Kollegen am 21. Februar in Rostock – möglich geworden“, sagte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht als Mitglied der Verhandlungskommission in Potsdam. „Durch die Kombination von Sockelbetrag und prozentualer Erhöhung mit einem Mindestwert profitieren vor allem die unteren und mittleren Entgeltgruppen überdurchschnittlich. So werden lineare Erhöhungen von über acht bis knapp 17 Prozent erreicht. In der Summe sind das zwischen 340 und 653 Euro mehr im Monat“.

Im Wesentlichen verständigten sich die Tarifpartner bei

diesem Tarifabschluss auf die Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission vom 15. April 2023. Bis zuletzt wurde über die Verlängerung der Altersteilzeitregelungen sowie den vollen Inflationsausgleich auch für Teilzeitbeschäftigte verhandelt. Dies scheiterte an der Ablehnung der Arbeitgeberseite, die dann an anderer Stelle eine Kompensation beziehungsweise eine Abweichung von der Schlichtungsempfehlung forderten, zum Beispiel die Verschiebung der linearen Erhöhung um mehrere Monate. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024.

„Auch wenn jetzt ein Tarifvertrag vorliegt, ist für uns die Einkommensrunde erst dann abgeschlossen, wenn eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtenschaft inklusive der Soldatinnen und



> Bundesinnenministerin Nancy Faser mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht am Rande der Tarifverhandlungen in Potsdam

Soldaten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes erfolgt ist. Bundesinnenministerin Nancy Faser hat auf der Abschlusspressekonferenz ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren angekündigt“, so Knecht abschließend, für den der Tarifabschluss darüber hinaus auch ein wichtiges Signal für die im Herbst anstehende Einkommensrunde mit den Ländern ist. Hier werde es vor allem darauf ankommen, die Bezahlung im öffentlichen Dienst nicht weiter auseinanderdriften zu lassen, unterstrich der dbb Landeschef. ■

dbb m-v auf Empfang der Ministerpräsidentin

Schwesig würdigt Arbeit von Betriebs- und Personalräten

Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht besuchte am 28. April 2023 gemeinsam mit den stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Blanck und Frank Höhne sowie weiteren verdienten dbb Mitgliedern den traditionellen Empfang von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig anlässlich des Tags der Arbeit in Güstrow.

In ihrer Festrede hob die Ministerpräsidentin die Arbeit für die Mitbestimmung hervor. „Ich habe großen Respekt vor der Arbeit der Personal- und Betriebsräte. Man braucht Mut, ein gewisses Maß an



> Die Delegation des dbb m-v mit der Ministerpräsidentin: Frank Höhne (DSTG), Steffi Sommerfeld (VAB), Dietmar Knecht, Manuela Schwesig, Volker Krombholz (GDL), Thomas Plaszczyk (VDSta.) und Michael Blanck (VBE) (von links)

Widerstandsgeist und gleichzeitig Sachkenntnis, Verhandlungsgeschick und ein gutes

Gespür für die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen. Wenn man das hat und ein

gutes Team dazu, dann kann man viel erreichen. Für die Beschäftigten, für gute Arbeit und sogar für den Betrieb und die Wirtschaft im gesamten Land“, erklärte Schwesig.

Die dbb Delegation tauschte sich intensiv mit der Ministerpräsidentin, der stellvertretenden Ministerpräsidentin Simone Oldenburg sowie Wirtschaftsminister Reinhard Meyer aus.

In diesem Jahr wurde auf der Veranstaltung erstmals der Betriebs- und Personalrätepreis Mecklenburg-Vorpommern verliehen. „Diese Auszeichnung ist eine Wertschätzung für alle diejenigen, die sich mit kreativen Ideen und außerordentlichem Engagement in den Verwaltungen und Betrieben für ihre Kolleginnen und Kollegen einset-

zen“, so Knecht. „Es freut mich, dass unter den Ausgezeichneten mit dem Personalrat des Landkreises Nordwestmecklenburg auch ein Preisträger der öffentlichen Hand vertreten ist, der eine mustergültige Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten mit dem Dienstherrn abschließen konnte.“ Die Anwesenden waren sehr beeindruckt, was die verschiedensten Gremien auf den Weg gebracht haben, und hoffen durch die Auszeichnungen auf Nachahmung.

„Der Landesregierung und mir persönlich ist es ganz wichtig, dass wir einmal im Jahr gemeinsam und in festlicher Atmosphäre daran erinnern, wer unser Land aufgebaut hat: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, bekräftigte die Ministerpräsidentin abschließend.

DBSH-Landesvorsitzender engagiert sich für Kinderschutz

Gespräch mit der Bundestagspräsidentin

Im Rahmen der Kinderschutztage am 12. und 13. Mai in Berlin hat die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Kinderschutzbundes (DKSB) eine Rede gehalten.

Darin betonte sie unter anderem: „Kinder haben das Recht auf besondere Förderung, das Recht auf besonderen Schutz oder das Recht, gehört zu werden – um nur einige von ihnen zu nennen. Die Stärke einer Demokratie zeigt sich auch daran, wie sie die Rechte von Kindern sicherstellt.“

Worte, die auch dem Landesvorsitzenden des Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) M-V, Klaus-Peter Glimm, aus dem Herzen sprechen. Dieser engagiert sich neben seiner Tätigkeit für den DBSH im dbb m-v seit vielen Jahren ehrenamtlich für den



> DBSH-Landesvorsitzender Klaus-Peter Glimm mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas auf dem Kinderschutztag in Berlin

Kinderschutz und ist 2. Vorsitzender des DKSB-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Er nutzte die Gelegenheit zu einem kurzen Ge-

spräch mit der Bundestagspräsidentin, in dem er betonte, dass die Kinder vielfältige Talente haben, gleichgültig, ob mit einer Behinderung, ob mit Migrationshintergrund, egal ob Mädchen, Junge oder divers, ob aus armer oder reicher Familie. „Umso wichtiger ist es, dass wir Lebensbedingungen schaffen, die es jedem Kind ermöglichen, diese Talente zu entfalten, ob in Kindergärten, Horten oder Schulen“, so Glimm. Dazu brauche es mehr gut bezahltes Personal und einen verbesserten Personalschlüssel in den Kindertagesstätten. Hinzu komme noch der ab 2026 beschlossene Rechtsanspruch auf einen Hortplatz. „Dieser stellt uns vor weitere Herausforderungen, die nicht nur räumlich, sondern auch in personeller Art zu sehen sind“, machte Glimm deutlich.

12. Verbandstag des VBE MV

Michael Blanck erneut im Amt bestätigt

Am 14. und 15. April 2023 tagten knapp 100 Delegierte aus sechs Regionalgruppen des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Güstrow, um die programmatische Ausrichtung für die nächsten vier Jahre festzulegen und einen neuen Landesvorstand zu wählen.

Außerdem sprachen in einer öffentlichen Veranstaltung die Bildungsministerin Simone Oldenburg sowie die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fast aller Landtagsfraktionen über die aktuellen Herausforderungen in Schule und diskutierten mit dem VBE über dringend anliegende Verbesserungen in der Bildungspolitik.

Mit 20 verabschiedeten Anträgen zur programmatischen Neuausrichtungen haben sich die Delegierten für neue Maßstäbe in der Schulpolitik ausgesprochen und dem neu gewählten Landesvorstand einen klaren Auftrag erteilt: Es müsse dringend viel passieren, damit das havarierte Schiff der Bildung wieder flott gemacht werden könne. Bei der Entlastung für die im System befindlichen Lehrkräfte müsse es beginnen, wenn man für all die Heraus-



> Der neue geschäftsführende Vorstand des VBE MV: Maria Stöckel, Stefanie Uteß, Michael Blanck, Gottfried Hägele, Roland Müller, Susann Meyer und Heiko Schwichtenberg (von links)

forderungen wie Digitalisierung, Beschulung von Geflüchteten, Nach-Corona-Auswirkungen, Lehrermangel et cetera die nötige Spannkraft aufbringen will, sagte der erfahrene Lehrer Andreas Liedtke aus Waren.

Genau diesen Ansatz verfolgte auch der wiedergewählte Landesvorsitzende Michael Blanck, als er in seiner Grundsatzrede fragte, ob die Politik denn wirklich verstanden habe, „dass Lehrkräfte und alles andere pädagogische Personal schon seit

Jahren am Limit arbeiten.“ Der VBE MV wird sich zukünftig dafür einsetzen, dass die Lehrkräfte Entlastungen beim Deutschabitur, in der Sozialarbeit, in den schulorganisatorischen Aufgaben und in der Dokumentation von fernbleibenden Schülerinnen und Schülern erhalten. Zudem fordert der VBE seit Jahren eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung und hält daran auch weiter fest. Der VBE will außerdem geeignete Maßnahmen für die Stärkung der Regionalen Schule und die Mittlere Reife umgesetzt sehen. Und er steht neben anderem für mehr Geschlechtergerechtigkeit und für mehr Geld für den Schulneubau, der dem Klimawandel und kommenden Pandemien trotzen kann.

Mit Stefanie Uteß wurde ein neues Gesicht in den geschäftsführenden Vorstand des VBE gewählt. Die Regionalschullehrerin ist die dritte Frau im Gremium. Mit Maria Stöckel und Susann Meyer wurden auch Heiko Schwichtenberg, Roland Müller und Gottfried Hägele wiedergewählt.

Bildungsministerin Simone Oldenburg (Die Linke) verwies in ihrem Grußwort auf die vielen Maßnahmen, die in 17 Monaten Regierungszeit bereits auf den Weg gebracht worden seien. Fast 1 000 neue Lehrkräfte seien eingestellt worden, der Schwimmunterricht an allen Grundschulen solle für jedes Kind sichergestellt werden, eine Referendariatszulage und eine Zulage für MINT-Lehrkräfte im ländlichen Raum wurden auf den Weg gebracht und einiges mehr. Die Ministerin lobte die konstruktive Mitarbeit des VBE und bedankte sich für das Engagement mit den Worten: „Ohne Sie hätten wir das niemals geschafft!“



„Wir wollen bei aller bestehenden Kritik an den noch unzureichenden Maßnahmen des Ministeriums auch sagen, dass wir das Wertschätzende aus den Worten der Ministerin nicht überhören“, betonte der VBE-Landesvorsitzende Michael Blanck.

Bei der Talkrunde mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern von SPD, Die Linke, CDU und FDP, zusammen mit Michael Blanck vom VBE hatte die Journalistin Birgit Schröter einen streitbaren Kreis zu moderieren. Während Andreas Butzki von der SPD darauf verwies, dass auch viele andere Antragstellende um Ausgaben des Landeshaushaltes bitten, verwahrte sich



> Gesprächsrunde mit Bildungspolitikern: Michael Blanck, Jeannine Rösler (Die Linke), Andreas Butzki (SPD), Sabine Enseleit (FDP), Torsten Renz (CDU) und Moderatorin Birgit Schröter (von links)

Jeannine Rösler (Die Linke) gegen den CDU-Vorwurf, dass man den Antrag auf Absenkung von Unterrichtsstunden nicht verhandeln wolle. „Wir

werden darüber reden!“, versprach sie, wenn auch noch nicht derzeit. Torsten Renz von der CDU bedankte sich bei Michael Blanck und dem dbb Lan-

desvorsitzenden Dietmar Knecht dafür, dass „sie die Realitäten so klar benennen“ und stellte sich hinter die Forderung von VBE und dbb m-v nach einer schnellen und deutlichen Stundenentlastung für Lehrkräfte.

Der 12. Landesverbandstag überzeugte nicht nur mit seiner geschlossenen Mannschaft für den Anspruch, „mit neuen Maßstäben um Längen besser zu sein“, sondern auch mit seiner ausgesprochenen jungen Zusammensetzung. In den Reihen der Delegierten waren viele junge Lehrkräfte, die sich für die Ziele des VBE sowie eine bessere und gerechtere Schule und Schulpolitik einsetzen wollen. ■

Hamburger Gespräche

Treffen der norddeutschen BDR-Landesverbände

Am 24. März 2023 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der norddeutschen BDR-Landesverbände im Hamburger Zivilgerichtsgebäude wieder zu ihren „Hamburger Gesprächen“.

Teilnehmer waren Mitglieder der Landesverbände Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern

und Berlin. Zentrale Themen waren die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs auch im Hinblick auf die Qualität der

Ausbildung, die Konsequenzen aus dem BAG-Urteil zur Eingruppierung der Mitarbeiter in den Serviceeinheiten, die Herausforderungen im Hinblick auf die Einführung des GbR-Registers 2024, die Einführung der elektronischen Akte sowie die allgemeine Personalpolitik im Rechtspflegerbereich.

Man war sich einig, dass eine intensive Nachwuchswerbung unerlässlich ist, um die Qualität und Quantität der Rechtspfleger im Justizdienst zu erhalten. Die Möglichkeiten der Werbung für den Berufsstand des Rechtspflegers und den Berufsverband wurden eingehend erörtert. Dabei wurde festgestellt, dass die Maßnah-

men der Justizverwaltungen in den einzelnen Bundesländern in Häufigkeit und Qualität sehr unterschiedlich sind. Insbesondere auf die anstehende Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge und den allgemeinen Fachkräftemangel muss vonseiten der Landesregierungen deutlich konsequenter reagiert werden. In diesem Zusammenhang muss auch die bundesweite Wiedereinführung des Eingangsamtes A 10 für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger zwingend wieder in den Vordergrund gerückt werden.

Ein intensiver Austausch fand auch über die Inhalte und die Qualität der Ausbildung an den Fachhochschulen in Berlin, Hildesheim und Güstrow statt. Abschließend wurden gemeinsame Positionen für die anstehende Präsidiumssitzung festgelegt. ■



> Christian Meier (Vierter von rechts) vom Vorstand des BDR M-V mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus den norddeutschen BDR-Landesverbänden

SBB Film

Wirkung kommt von WIR. Aber wer genau sind WIR im SBB?

Gewerkschaftliche Heimat unserer Kolleginnen und Kollegen ist immer zuerst die individuelle Fachgewerkschaft, der eigene Berufsverband. Und wenn dann noch SBB und/oder dbb ins Gespräch kommen, wird es manchmal schon anspruchsvoll.

Wer macht da was? Und warum gibt's den gewerkschaftlichen Dachverband? Um diese und viele weitere Fragen zu beantworten, hat sich der SBB auf den Weg der Kommunikation gemacht. Denn auch

Sachen, die „schon immer so waren“, wollen und müssen erklärt werden.

Was also ist und macht der SBB? Das Ergebnis kann sich im wahrsten Sinne des Wor-

tes sehen lassen. Denn wir haben einen kleinen Animationsfilm produziert, der in zwei Minuten genau diese Frage klärt. Premiere war auf unserem 8. Gewerkschaftstag. Und nun?

Klar ist, wir wollen mit unserem Film nicht in Hollywood mitmischen. Aber: Groß rauskommen wollen wir damit schon – bei unseren Mitgliedsgewerkschaften, unseren Kolleginnen und Kollegen, unseren Partnern und Freunden. Denn jede und jeder soll wissen, wer WIR sind und was WIR tun. Und wir wollen klarmachen, dass dieses WIR eben nur gemeinsam funktioniert. WIR im SBB.

Deshalb haben wir den Film unseren Mitgliedsgewerkschaften zur Verfügung gestellt und ihn auf der Website eingestellt.

Neugierig geworden? Sehr gut. Unter www.sbb.de/Presse/Mediathek finden Sie unseren kleinen Erklärfilm. Für ein Feedback sind wir dankbar. Und auch dafür, wenn Sie den Film zum Erklären unserer wichtigen Gewerkschaftswelt nutzen. Denn dann wird es ganz schnell deutlich, dieses WIR im SBB.

*Nannette Seidler,
SBB-Landesvorsitzende*



Mitbestimmen

SBB und Sozialwahl

Vielleicht haben Sie, wie rund 52 Millionen weitere Menschen in Deutschland, in den vergangenen Wochen die Möglichkeit gehabt, Ihre Stimme in der Sozialwahl 2023 abzugeben.

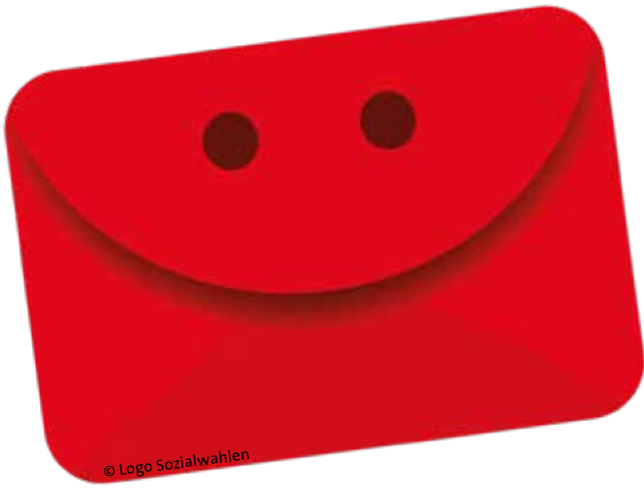
Was viele gar nicht wissen: Bei Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallkassen gibt es Sozialpar-

lamente – eine Möglichkeit für Beitragszahlende, mitzureden und mitzubestimmen. Die ge-

wählten Mitglieder der Sozialparlamente entscheiden so an vielen Stellen mit, wofür eingezahlte Beiträge ausgegeben werden oder welche Leistungen zukünftig übernommen werden.

Eine richtige Wahl mit so vielen Wahlberechtigten ist na-

türlich aufwendig und teuer. Deshalb gibt es für einige Gremien der Sozialwahl sogenannte Friedenswahlen. Das bedeutet, dass verschiedene Interessengruppen im Vorfeld eine gemeinsame Liste mit fest vergebenen Listenplätzen aller beteiligten Gruppen vereinbaren. Diese eine Liste gilt dann



auch, ohne Stimmzettel zu versenden und anzukreuzen, als gewählt.

Soziale Fragen und Mitgestalten: Das sind ganz klar Themen für den SBB, Ihren gewerk-

schaftlichen Dachverband. Deshalb haben wir informiert, argumentiert, Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen und Unterschriften gesammelt. Aber wir haben auch Verhandlungen geführt und sind im Rahmen von Friedenswahlen Listenverbindungen eingegangen.

Zukünftig werden SBB-Kolleginnen und -Kollegen in den Gremien der Selbstverwaltung der AOK Plus und der Unfallkasse Sachsen mitreden. Bei der Rentenversicherung Bund

ist der dbb mit einer gemeinsamen Liste angetreten und ganz sicher mit dabei.

Zukünftig werden wir euch auch hier weiter über die wichtigen Inhalte „unserer“ Sozialparlamente informieren. Danke an dieser Stelle an alle, die sich interessiert, uns unterstützt oder kandidiert haben. Gemeinsam, als SBB-Familie, können wir einfach mehr erreichen.

*Nannette Seidler,
SBB-Landesvorsitzende*

7. Landesfrauenkongress

„Wirkung kommt von WIR – gemeinsam mehr erreichen.“

Ein Höhepunkt unserer diesjährigen Frauenarbeit wird der 7. Landesfrauenkongress am 17. Oktober 2023 in Dresden (Dorint Hotel) sein.

Er ist das oberste Organ der SBB Frauen. Hier werden die weiblichen Delegierten der jeweiligen Mitgliedsgewerkschaften und -verbände des SBB insbesondere einen neuen Vorstand wählen und über Anträge beraten und beschließen. Unter dem Motto „Wirkung kommt von WIR – gemeinsam mehr erreichen.“ werden sie neue Weichen für die zukünftige Frauenarbeit der nächsten fünf Jahre stellen.

Die Arbeitswelt wandelt sich – unsere Frauen stehen hier im Mittelpunkt, denn noch immer liegt die Hauptlast von Familie, Kindern, Haushalt, Pflege und Beruf auf ihren Schultern. Aber es hat ein erfreulicher Prozess des Wandels begonnen, viele junge Väter unterstützen heute bereits die Familie ganz selbstverständlich, nehmen Elternzeiten in Anspruch und entlasten die Frauen in allen Belangen des Familienlebens. Nun ist es an uns Frauen, die-

sen Prozess auch in die Arbeitswelt und in die Köpfe der Männer zu transportieren, damit endlich auch eine Gleichbe-

handlung in der beruflichen Entwicklung und der entsprechenden Entlohnung auf den Weg gebracht wird.



Gerade die zunehmende Digitalisierung eröffnet neue Perspektiven, um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf einer neuen Ebene besser zu koordinieren. Eine ortsungebundene und flexible Gestaltung des Arbeitsalltages wird die zukünftige Arbeitsweise bestimmen und hat durch die Coronapandemie zusätzlich Fahrt aufgenommen. Eine gute Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bezieht sich nicht nur auf die unteren Ebenen. Auch Führungspositionen und somit die Karrieremöglichkeiten müssen mit Familie und Pflege gut vereinbar sein.

► Frauen suchen Frauen!

Die SBB Frauenvertretung sucht Nachfolgerinnen! Haben Sie Lust, sich für unsere Frauen und Familien im öffentlichen Dienst einzusetzen und das Team der SBB Frauen tatkräftig zu unterstützen? Dann melden Sie sich bei uns (frauen@sbb.dbb.de). Sie sind herzlich willkommen! Werden Sie Teil unseres Teams. ■

SBB Frauen

Wie geht es weiter mit dem Sächsischen Gleichstellungsgesetz?

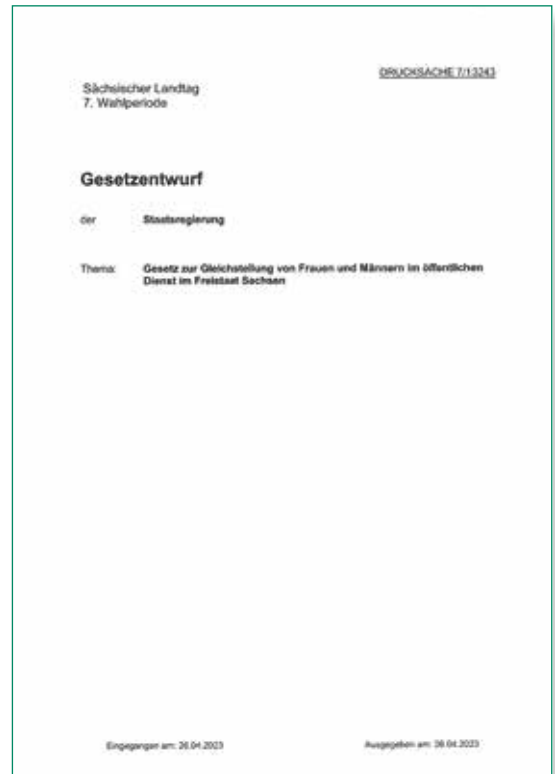
Ein besonders wichtiges Anliegen der SBB Frauenvertretung ist seit Langem die Modernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes hin zu einem modernen Gleichstellungsgesetz.

Am 25. April 2023 hat das Kabinett dem Landtag den Entwurf für ein Sächsisches Gleichstellungsgesetz vorgelegt. Im sächsischen Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 wurde die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes bis 2021 – aufbauend auf den bereits vorhandenen Initiativen und intensiven Vorarbeiten – festgeschrieben und inhaltlich konkretisiert. Es war ein langer und beschwerlicher Weg bis zum Gesetzentwurf, den wir im Rahmen der Verbändeanhörung als Sachverständige im Februar 2023 sowie mit zahlreichen Gesprächen und Diskussionen im Sächsischen

Gleichstellungsbeirat begleitet. Dieser setzt sich aus Aktivistinnen und Akteuren aus dem Bereich der Gleichstellung zusammen und beriet die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier.

Das Sächsische Gleichstellungsgesetz soll das das aus dem Jahr 1994 stammende Sächsische Frauenförderungsgesetz ablösen. Ziel ist es, dass das Sächsische Gleichstellungsgesetz am 1. Januar 2024 in Kraft treten kann.

Wir bleiben dran. ■



Jubiläum des Sächsischen Lehrerverbandes

Politik und Gewerkschaften würdigen 33 Jahre erfolgreiche Interessenvertretung

Circa 1 700 sächsische Lehrkräfte aus allen Teilen des Freistaates sowie zahlreiche Ehrengäste haben am 22. April 2023 das 33-jährige Gründungsjubiläum des Sächsischen Lehrerverbandes mit einer großen Festveranstaltung im Internationalen Congress Center Dresden gefeiert.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der Sächsische Staatsminister für Kultus, Christian Piwarz, sowie Repräsentanten der Schulaufsichtsbehörden und Spitzenvertreter von Bundes- und Landesgewerkschaften würdigten die unermüdliche, erfolgreiche

Arbeit des Sächsischen Lehrerverbandes als starke Interessenvertretung für Lehrerinnen und Lehrer in allen Schularten.

„Die Mitglieder standen bei dieser Jubiläumsveranstaltung im Mittelpunkt; alle, die es wollten, konnten dabei sein.

Viele der Anwesenden gehören dem SLV seit der Anfangszeit an, haben zusammen gekämpft und sollten nun auch gemeinsam feiern“, erklärte Michael Jung, Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes. Eröffnet und moderiert wurde die Festver-

anstaltung von den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Petra Müller und René Michel. Mit persönlichen Anekdoten und kurzen Spielfilmen wurde das Publikum unterhaltsam durch drei Jahrzehnte SLV-Geschichte geführt. In mehreren Gesprächsrunden wurden die Errungenenschaften des SLV und sein Stellenwert für den Lehrerberuf in Sachsen deutlich.

Am 10. März 1990 in Aue als erste unabhängige Gewerk-



© Nick Hauswald | Puremotion

schaft der sächsischen Lehrer nach der Friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR gegründet, avancierte der SLV innerhalb kürzester Zeit zum größten Lehrerverband in Ostdeutschland. Der SLV hat seit seiner Gründung maßgeblich zur beruflichen, gesellschaftlichen und sozialen Förderung des Berufsstandes der Lehrer beigetragen. An der Durchsetzung von Gehaltserhöhungen in den Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst, einschließ-

lich der Ost-West-Angleichung, haben die SLV-Mitglieder hohen Anteil. Mit der Rückkehr zur Vollbeschäftigung in 2010, dem Gesamtpaket zum Generationenwechsel im Jahr 2013, der in 2015 vom dbb abgeschlossenen Entgeltordnung für Lehrkräfte, dem Maßnahmenpaket der Staatsregierung von 2016 und dem Handlungsprogramm aus 2018 – einschließlich der Verbeamtung seit 2019 und der EG 13 für Grundschullehrkräfte – konn-

ten weitere Verbesserungen erkämpft werden.

Ministerpräsident Michael Kretschmer betonte die Wichtigkeit des Sächsischen Lehrerverbandes als Partner bei der Bewältigung von Herausforderungen und der Umsetzung gemeinsamer Ideen in der Bildungspolitik. Großen Dank für seine Verdienste um die Gewerkschaft und das sächsische Bildungssystem sprachen Ministerpräsident Kretschmer

und Kultusminister Piwarz dem ehemaligen SLV-Landesvorsitzenden Jens Weichelt aus. Dieser war Anfang März 2023 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig vom Landesvorsitz zurückgetreten; Jens Weichelt hatte das Amt des Landesvorsitzenden seit 2008 inne. Sein Nachfolger Michael Jung nutzte Anlass und Rahmen der Veranstaltung für eine offizielle Verabschiedung. Die anwesenden Mitglieder würdigten Jens Weichelts außerordentliches Engagement für den SLV mit anhaltendem Applaus.



© Luisa Kachel | LKPhotography

Nach dem Festakt begeisterten die vier Musiker der aus Bautzen stammenden, erfolgreichen Rock-Pop-Band Silbermond mit ihrem Auftritt das Publikum. Die Lehrerinnen und Lehrer tanzten ausgelassen vor der Bühne und sangen die Lieder mit. Für einen würdigen Abschluss der Veranstaltung sorgte ein Feuerwerk der Extraklasse am Elbufer. Zum U2-Titel „Beautiful Day“ erstrahlte das Logo des SLV am Dresdner Nachthimmel.

*Diana Grille,
Referentin für Medien- und
Öffentlichkeitsarbeit*

dbb sachsen-anhalt

Anhebung der Wegstreckenentschädigung zum 1. Mai 2023

Mit der Achten Verordnung zur Änderung der Reise-, Umzugskosten- und Trennungsgeldverordnung vom 14. April 2023 wurde die große Wegstreckenentschädigung von 0,35 Cent auf 0,38 Cent angehoben. Die Regelung trat am 1. Mai 2023 in Kraft.

Damit wurde eine Forderung des dbb sachsen-anhalt umgesetzt. „Durch die hohen Energiepreise sind auch die Kosten für Sprit deutlich angestiegen.

Vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst und im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt mit ihren privaten Fahrzeugen unterwegs sind und in

der Regel weder auf Dienstfahrzeuge noch auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen können, sind von den hohen Spritpreisen betroffen. Wir

sind froh, dass das Land Sachsen-Anhalt nun eine gute Lösung gefunden hat, um die Beschäftigten finanziell zu entlasten. Bedauerlich ist hingegen, dass die kleine Wegstreckenentschädigung bei 0,20 Cent geblieben ist und damit das Land hier zulasten der Beschäftigten spart“, sagt Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt. ■

dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

Sarah Schulze ist Sachsen-Anhalts neue Gleichstellungsbeauftragte

Am Rande der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 15. April 2023 in Magdeburg hatte die Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung sachsen-anhalt, Michaela Neersen, Gelegenheit, mit der neuen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, Sarah Schulze, ein Gespräch zu führen.

„Ich freue mich, dass es der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Petra Grimm-Benne, gelungen ist, mit Sarah Schulze eine engagierte Streiterin für Gleichstellung zur neuen Gleichstellungsbeauftragten Sachsen-Anhalt zu ernennen. Sie kennt sowohl das Land als auch die Problemlagen der Frauenpolitik in Sachsen-Anhalt. Seit vielen Jahren ist sie gleichstellungspolitisch aktiv. So hat sie unter anderem im Vorstand des Landesfrauenrates ihre Expertise eingebracht. Ein Ziel in ihrer neuen Funktion ist die Weiterentwicklung des Frauenfördergesetzes aus dem Jahr 1997 zu einem modernen Gleichstellungsgesetz. Die dbb



© dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

frauenvertretung sachsen-anhalt wird dieses Vorhaben unterstützend begleiten. Ich persönlich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit“, erklärte Michaela Neersen.

Nach zweijähriger Vakanz hat Schulze am 22. November 2022 den Posten der Gleichstellungsbeauftragten übernommen. Sie leitete seit 2018 das Justizariat und die Geschäftsstelle des Aufsichtsrates der Salus Altmark Holding GmbH. Schulze ist durch ihr langjähriges Engagement im Landesfrauenrat bestens vertraut mit den Kooperationspartnern und den gleichstellungspolitischen Herausforderungen. ■

> Petra Grimm-Benne, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Sarah Schulze, Landesbeauftragte für Gleichstellung, Michaela Neersen, Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt (von links)

dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

Erfolgreiche Social-Media-Nutzung

Wie können sich Gewerkschaften effektiv in Social Media präsentieren und für ihre Zwecke nutzen? Dieser Frage gingen die Teilnehmerinnen des alljährlichen Seminars der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt am 21. und 22. April 2023 in Halle (Saale) auf den Grund.



> Teilnehmerinnen des Seminars der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt am 21. und 22. April 2023

Die Leitung des Seminars hatte Janine Dietz, stellvertretende Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt.

Viele haben schon Erfahrungen mit Social Media gemacht. Aber die Nutzung erfolgt sehr unterschiedlich. Eine der wichtigsten Fragen bei der Nutzung von Social Media ist die nach der richtigen Plattform. Gasttrainerin Ricarda König stellte in ihrem Beitrag die diversen Plattformen mit unterschiedlichen Nutzergruppen und Reichweiten vor und gab eine Einführung in die Möglichkeiten der Nutzung von Facebook und Co.

„Social-Media-Managerin“ zu sein, ist mit einem großen

Aufwand verbunden: Inhalte planen, filmen, fotografieren, gestalten, texten, uploaden und so weiter. Und damit man da nicht den Überblick verliert, ist es wichtig, eine solide Social-Media-Strategie zu überlegen. Eine gut funktionierende Social-Media-Strategie hängt von vielen Faktoren ab: Welche Ziele und Zielgruppen möchte man erreichen? Welche Maßnahmen sollen durchgeführt werden? Welches Budget steht zur Verfügung?

König vermittelte den Teilnehmerinnen hilfreiche Praxistipps zur erfolgreichen Online-Präsenz, zeigte aber auch die Grenzen von Social Media auf.

Spitzengespräch mit Sachsen-Anhalts Justizministerin Weidinger

IT in der Justiz Sachsen-Anhalt hinkt hinterher

Anfang des Jahres trafen sich Vertreter des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands e. V. (BSBD) Sachsen-Anhalt mit Sachsen-Anhalts Justizministerin Franziska Weidinger sowie Staatssekretär Steffen Eckhold zu einem Spitzengespräch. Themen waren unter anderem die IT-Technik sowie Nachwuchsgewinnung für den Justizvollzug in Sachsen-Anhalt.

Die IT-Entwicklung in der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt hinkt der in den anderen Bundesländern weit hinterher, so die Gewerkschafter. Hier muss Sachsen-Anhalt deutlich aufholen. Die Vertreter des BSBD beklagten auch, dass sich die Beschäftigten nicht ausreichend mitgenommen fühlen. „Wenn man sieht, dass der IT-

Bereich im Justizvollzug total unterbesetzt ist und personelle Ressourcen nicht genutzt werden, kann man nur mit dem Kopf schütteln“, kritisiert Mario Pinkert, Vorsitzender des BSBD in Sachsen-Anhalt.

Es würden personelle Möglichkeiten im Justizvollzug nicht genutzt. Und dies geschehe



> Staatssekretär Steffen Eckold, Torsten Gröne (BSBD), Annett Matz (BSBD), Justizministerin Franziska Weidinger, Alfred Altner (BSBD), Mario Pinkert, Landesvorsitzender des BSBD, Nadine Pallas (BSBD) (von links)



> Justizministerin Weidinger taucht in die digitale Welt ein.

ist ein Zustand, der nicht zu akzeptieren ist“, so Weidinger. Beiden seien brauchbare Lösungen wichtig, Sorgen und Anregungen der Beschäftigten werden mitgenommen.

Weiteres Thema des Gespräches war die Personalgewinnung für den Justizvollzug in Sachsen-Anhalt. Das Werbeteam des Justizministeriums, in dem aus jeder Justizvollzugsanstalt Sachsen-Anhalts Beschäftigte vertreten sind, leiste eine gute Arbeit und nutze jede Möglichkeit, auf Berufsmessen für den Beruf im Justizvollzug zu werben.

► **VR-Brille gibt Einblick ins Gefängnis**

So nahm das Werbeteam unter anderem an der größten Karriere- und Bildungsmesse in Sachsen-Anhalt „Chance“ im Februar dieses Jahres teil. Hier wurden erstmals zwei Virtual-Reality-Brillen (VR-Brillen) eingesetzt, mit denen Interessierten ein virtueller Rundgang

hinter Gittern ermöglicht wurde. Auch Justizministerin Weidinger nutzte die Gelegenheit und tauchte in die digitale Welt ein.

Die VR-Brillen ermöglichen realitätsnahe und spannende Einblicke, die in dieser Form bislang unmöglich waren. Das Werbeteam will mit den VR-Brillen das Interesse für die Ausbildung im Justizvollzug wecken. Erste Rückmeldungen haben gezeigt, dass man mit dem neuen Marketingangebot werden der Träger ein knapp zweiminütiges und eigenes für diese VR-Brillen produziertes 360-Grad-Video gezeigt: Nach der Begrüßung durch Justizvollzugsbeamte geht es gemeinsam in die Jugendanstalt Raßnitz. Hier werden der Haftraumbereich,

die Sporthalle, ein Einsatzgruppentraining sowie eine Zellen-durchsuchung mit Spürhund gezeigt. Botschaft des Videos: „Komm ins Team Justizvollzug!“

► **Herausschieben des Pensionseinganges**

Nach Aussage von Justizministerin Weidinger liegen dem Justizministerium derzeit 20 Anträge zur Herausschiebung des Pensionseinganges vor. Dies werde grundsätzlich begrüßt: „Es wurden circa 20 Anträge gestellt und die werden auch genehmigt, so schnell wie möglich“, so Justizministerin Meidinger. Auf die Frage seitens der BSBD-Vertreter, was passiere, wenn diese 20 Mitarbeiter nicht mehr zur Verfügung stehen, antwortete Weidinger: „Dann haben wir ein noch größeres Problem im personellen Bereich.“

Sorge bereite dem BSBD ferner, dass die Bewerberzahlen stark zurückgegangen seien. Vor Jahren kamen auf fünf Stellen teilweise 300 Bewerber. Heute sind es auf 40 Stellen circa 80 Bewerber. So stelle sich natürlich die Frage: Ist der Beruf des Justizvollzugsbediensteten überhaupt noch attraktiv? Die Gesprächsteilnehmer sind sich einig: Eine Aufwertung des Berufes im Justizvollzug sei unabdingbar. ■

auf Kosten aller Beschäftigten. „Tagelang kann IT-Technik nicht genutzt werden, weil kein zuständiges Personal zur Verfügung steht. Wenn dann noch eine Situation entsteht, dass mit anderen Behörden nicht mehr kommuniziert werden kann, diese auf Tage später vertröstet werden müssen, dann ist dies nicht nur ärgerlich, sondern ein nicht haltbarer Zustand“, kritisiert Pinkert.

Justizministerin Weidinger und Staatssekretär Eckhold nahmen die Hinweise ernst: „Das

Personalbestand im Justizvollzug – Übersicht

Anzahl des Berufszweig – Justizvollzug	31.12.2021	31.12.2022
Beamten und Beamte/Tarifbeschäftigte der Laufbahngruppe 2	158	155
Beamten und Beamte/Tarifbeschäftigte der Laufbahngruppe 1	843	822
Beamten und Beamte in Ausbildung zum Justizvollzugsdienst	53	40
Beschäftigte des Justizvollzuges insgesamt (davon Tarifbeschäftigte)	1 054 (79)	017 (-)
Davon in der		
JVA Burg	308	296
JVA Halle	322	322
JVA Volkstedt	125	117
JAA Raßnitz	192	179
Jugendarrestanstalt Halle	13	13
Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (davon TB)	94 (15)	90

Quelle: Homepage Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz in Sachsen-Anhalt

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Kampf gegen Produktpiraten nur mit leistungsfähiger Zollabfertigung

Zum „Welttag des geistigen Eigentums“ am 26. April 2023 berichtete die Zollverwaltung über den wirtschaftlichen Schaden von knapp einer Milliarde Euro, der in Deutschland anhand des Wertes von beschlagnahmten gefälschten Waren für den Zeitraum der letzten drei Jahre ermittelt wurde. Mit rund 315 Millionen Euro wurde 2021 ein Höchstwert erreicht.

„Damit das Geschäft mit dem Ideenklau nicht weiter boomt, müssen die Kolleginnen und Kollegen in der Warenabfertigung vom massiv gestiegenen Aufgabenvolumen entlastet werden“, sagt Olaf Wietschorke, Vorstandsvorsitzender des Bezirksverbandes der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft Hannover. „Hier sehen wir ganz konkret die Folgen des politischen Irrwegs der pauschalen Stelleneinsparung, von dem dieser Teil der Zollverwaltung nicht ausgenommen wurde“, so Wietschorke weiter.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: 66 000 Sendungen stoppten Zöllnerinnen und Zöllner seit 2020 aufgrund des Verdachts der Verletzung von Schutzrechten (Marken, Patente, Muster...). Berechne man die versendeten Artikel auf die Gesamtmenge, wurden somit insgesamt 31 Millionen Fälschungen aus dem Verkehr gezogen. Der mit Abstand größte Anteil im Jahr 2021 stamme aus China (54 Prozent), gefolgt von der Türkei (15 Prozent) und Hongkong (13 Prozent), wobei diese Statistik nicht nur die Herstellung, sondern auch den Versand der Ware mit einbeziehe. Der Wert der beschlagnahmten Waren habe sich in den vergangenen drei Jahren stetig erhöht. Gegenüber dem noch im Jahr 2019 verzeichneten Wert von rund 224 Millionen Euro stelle der Höchstwert von rund 315 Millionen Euro im Jahr 2021 eine Steigerung um

40 Prozent dar (Quelle: Zolljahresstatistik 2021).

■ Fälschungen auch auf Kosten von Sicherheit und Gesundheit

Häufige Plagiate sind Mode- und Bekleidungsartikel sowie elektronische Konsumgüter. In diesen Fällen ist es für die Verbraucherinnen und Verbraucher zunächst unter finanziellen Aspekten ärgerlich, wenn sie Betrügern auf den Leim gegangen sind. Jedoch ist vielen nicht bewusst, dass mittlerweile auch medizinische Produkte oder Teile für die Fertigung beispielsweise im Maschinenbau oder Automobilssektor im großen Stil gefälscht werden. Somit entsteht hier zunehmend ein ernsthaftes Risiko für die Sicherheit und Gesundheit der Menschen, die schlichtweg darauf vertrauen können müssen, dass Bremsen nicht fehlerhaft und Medikamente nicht verunreinigt sind.

Der Zoll unterstützt nicht nur die großen internationalen „Player“, die sich mit ihren aus der Werbung bekannten Marken auf den Weltmärkten durchsetzen wollen. So müssen auch kleine Gewerbetreibende, die teilweise erst vor Kurzem in den Internetversandhandel eingestiegen sind, oft schockiert feststellen, dass ihre Innovationen und Produktdesigns illegal, meist über Drittländer, vertrieben werden. Die Zentralstelle Gewerblicher

Rechtsschutz des Zolls fungiert hier mit einer Online-Plattform als Dienstleister für die Betroffenen, die nicht mehr als ein ELSTER-Steuerzertifikat benötigen, um Anträge auf Grenzbeschlagnahmeverfahren einzureichen. Dann kommen die Plagiate hier oder, sofern beantragt, in der ganzen EU nicht in den Umlauf.

■ Personalschwäche für die Abfertigung unerlässlich

All dies setzt natürlich voraus, dass für die Wahrnehmung von Kontrolltätigkeiten genug Personal in den Zolldienststellen vorhanden ist. Der BDZ habe wiederholt angesichts des Brexits, des Mehrwertsteuer-Digitalpakets und des ohnehin zunehmenden Online-Handels auf die Folgen des gestiegenen zollrechtlich abzufertigenden Sendungsvolumens hingewiesen. Aus Sicht des BDZ mache dies aktuell einen Mehrbedarf von 1 200 Arbeitskräften erfor-

derlich. Daran ändern auch die oft angepriesenen digitalen Lösungen nichts. So habe das Informations-Technik-Zentrum (ITZ) Bund zwar eine KI-Software entwickelt, die dem Zoll mittels automatisierter Bilderkennung und Datenbankabgleichen die Identifizierung von Produktfälschungen erleichtern soll. „Doch ersetzt eine solche Technologie keine Zöllnerinnen und Zöllner, die nach wie vor in jedem Einzelfall die finale Einschätzung vornehmen müssen“, betont Wietschorke.

Die personelle Situation sei vor dem Hintergrund der auch für den kommenden Bundeshaushalt vorgesehenen pauschalen Stelleneinsparung von 1,5 Prozent überhaupt nicht befriedigend. Der BDZ werde sich daher in den kommenden politischen Gesprächen weiterhin vehement für die Ausnahme der gesamten Zollverwaltung von dieser wenig nachvollziehbaren Einsparvorgabe einsetzen.

Hintergrund: Der Bezirksverband Hannover des BDZ erstreckt sich über die Bundesländer Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt.



TVöD oder TV-L?

Wann Tarifergebnisse auf die Beamten übertragen werden

Jüngst verhandelten die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Bereich Bund und Kommunen. In Thüringen sind davon circa 36 000 Tarifbeschäftigte betroffen, die in einem Arbeitsverhältnis zum Bund oder einem Arbeitgeber stehen, der Mitglied eines Mitgliedverbandes der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist. Der TVöD gilt nicht für Tarifbeschäftigte des Landes.

Für die Übertragung der Tarifergebnisse auf Landes- und Kommunalbeamte orientiert sich der Thüringer Gesetzgeber am Tarifaabschluss des Tarifvertrages deutscher Länder (TV-L). Diese Tarifrunde startet erst im Herbst 2023. Demzufolge sind sowohl die Landesbeschäftigten als auch die Landes- und Kommunalbeamten von dieser Tarifrunde „nicht betroffen“. Gleichwohl gibt der Tarifaabschluss im Bereich TVöD eine Signalwirkung für die bevorstehende Tarifrunde TV-L.

Wenn es aktuell heißt, 11 Prozent mehr Gehalt ab 2024 sei ja unerschämmt viel, so darf man nicht vergessen, dass

eben für 2023 keine prozentuale Steigerung vorgesehen ist. Die fehlende prozentuale Steigerung bedeutet nicht nur einen realen Einkommensverlust um die 8 Prozent allein im Jahr 2023, dieser Verlust setzt sich auch bis in die Rente fort, da eine fehlende Einkommenssteigerung auch nicht rentenerhöhend wirken kann. Betrachtet man nunmehr beide Jahre – 2023 und 2024 – zusammen, ergibt das gemittelt eine Einkommenssteigerung von 5,5 Prozent.

Steuerfreie Einmalzahlungen bedeuten zwar auch kurzfristig ein „Mehr“ in der Tasche. Sie können und dürfen aus ge-

werkschaftlicher Sicht jedoch keine Dauerlösung und somit nicht zur Normalität werden. Denn eine Einmalzahlung wirkt nur einmalig, wird kein Bestandteil der Entgelttabelle und ihre Wirkung ist bereits im nächsten Jahr sowie als Fortwirkung bis in die Rente nicht mehr vorhanden. Für uns Gewerkschaften war die Akzeptanz der Einmalzahlung ein Beitrag zum Kompromiss, ein schwerer Beitrag. Auch insoweit sehen wir gespannt auf die Tarifrunde TV-L.

Die erste Verhandlungsrunde für den TV-L ist für Donnerstag, den 26. Oktober 2023, festgesetzt. Sollte es hier zu keiner

Einigung zwischen den Tarifparteien kommen, sind für den 2./3. November 2023 und 7./8. Dezember 2023 weitere Verhandlungsrunden angesetzt.

Der tbb hat zusammen mit den 16 anderen Landesbünden bereits jetzt die zeit- und systemgerechte Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten UND Versorgungsempfänger gefordert, weil es erste Stimmen gab, die steuerfreie Einmalzahlungen eben nicht an Versorgungsempfänger auszahlen wollen.

Diesen Bestrebungen wird der tbb auch weiterhin entschlossen entgegengetreten. ■

tbb unterwegs

Halbjahresgespräch bei der Finanzministerin

Der Vorsitzende des tbb, Frank Schönborn, und die Mitglieder der tbb Landesleitung, Nicole Siebert, Andreas Schiene und Uwe Sommermann, sowie die Geschäftsstellenleiterin Maria Jäkel sprachen am 16. Mai 2023 im Thüringer Finanzministerium mit der Finanzministerin Heike Taubert, dem Staatssekretär Dr. Schubert, dem Referatsleiter Beihilfe und Besoldung Dr. Heber und dem Zentralabteilungsleiter TFM Matthias Machts zum planmäßigen Halbjahresgespräch mit den Spitzenverbänden über allgemeine beamten- und tarifrechtliche Angelegenheiten.

Gegenstand der gut zweistündigen Unterredung wa-

ren der Pensionsbericht 2023, Pensionsfonds und die

daraus resultierenden Auswirkungen auf das Haus-

haltsrecht. Den größten Raum des Gesprächs nahmen Fragen zur Besoldung ein. Dazu zählen der Gesetzentwurf zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimantation im Jahr 2023 und der Umgang mit den Widerspruchsbescheiden 2022. Der Zeitpunkt der Zusendung der Bescheide war wiederholt schlecht gewählt und führte zu Unmut in der Thüringer Beamtenschaft.

Angesprochen wurde auch der momentane Bearbeitungsstand der Beihilfebescheide, welcher in keinsten Weise hinnehmbar ist. Abhilfe wurde uns zugesichert.



> Uwe Sommermann (tbb); Nicole Siebert (tbb); Heike Taubert (Finanzministerin); Dr. Schubert (Staatssekretär); Andreas Schiene (tbb); Frank Schönborn (tbb) (von links)

Für die im Herbst anstehenden Tarifverhandlungen des TV-L wurden erste Ansätze angeführt.

Dem tbb war weiterhin wichtig, das Jobticket, die prekäre Lage bei der Nachwuchssicherung im öffentlichen Dienst

und den akuten Fachkräftemangel vor dem Hintergrund der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltungsbereiche zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

*Uwe Sommermann,
stellvertretender
tbb Landesvorsitzender*

Seminar dbb jugend thüringen

„Ein Herz für die Gewerkschaftsarbeit“

Am 12. und 13. Mai 2023 traf sich die dbb jugend thüringen zum Seminar unter dem Motto „Ein Herz für die Gewerkschaftsarbeit – Grundlagen der Jugendarbeit in Gewerkschaften“ in Gotha.

Bereits am Freitagabend begann die zweitägige Veranstaltung und es gab Zeit, für ein erstes gegenseitiges Kennenlernen und für ein Abgleichen der Erwartungen an das Seminar. In entspannter Atmosphäre und mit einem leckeren Abendessen konnten so erste Kontakte geknüpft und Networking praktisch gelebt werden.

Am Samstagmorgen startete der thematische Input durch den Referenten Philipp Mierzwa. Die drei thematischen Schwerpunkte lagen auf der Mitgliedergewinnung, -bindung und -förderung bezie-

ungsweise -entwicklung. Neben den Basics erhielten wir fundiertes Fachwissen zu gewerkschaftlichen Strukturen und der Gewerkschaftsarbeit innerhalb und außerhalb der Dienststelle oder dem Betrieb.

Ein Hauptaugenmerk lag auf dem Bereich der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederbetreuung sowie Teamarbeit. Dabei gab es viel Zeit für Fragen und für den Austausch der Teilnehmenden. Das Seminar bot die Gelegenheit, Netzwerke zu knüpfen und gemeinsam Ideen für die Jugendarbeit zu entwickeln.



Ein besonderes Highlight der Veranstaltung war die Phase der aktiven Gruppenarbeit. Hierbei wurde das sonnige Wetter genutzt, und Kleingruppen planten während eines Spaziergangs einzelne Veranstaltungen und Vorhaben. Umrahmt von der malerischen Kulisse der barocken Parkanlage des Stadtschlosses und der Orangerie Gotha konnte so der Kreativität freien Lauf gelassen

und zuvor Gelerntes praktisch angewandt werden.

Wir danken Philipp Mierzwa für den spannenden und lehrreichen Input und für sein ansteckendes Engagement. Außerdem danken wir allen Teilnehmenden für ihr Interesse und den wertvollen Austausch. Wir freuen uns schon jetzt auf unser nächstes planmäßiges Seminar am 28. Juli 2023.

dbb jugend thüringen

„Die Welt steht Kopf – Coping-Strategien im Alltag“ – Get-together

Am 9. Mai 2023 traf sich die dbb jugend thüringen unter dem Motto „Die Welt steht Kopf – Coping-Strategien im Alltag“ in Erfurt.

Unser Alltag ist meist gefüllt mit Aufgaben und Verpflichtungen. Einige Situationen in unserem Leben lassen uns

tungen. Einige Situationen in unserem Leben lassen uns

Stress empfinden. Dieser entsteht jedoch nur dann, wenn sich ein Individuum nicht in der Lage fühlt, die Situation oder ein Problem zu meistern. Unter Coping versteht man die Art und Weise, wie wir ver-

suchen, mit Stress umzugehen. Dabei lassen sich drei verschiedene Strategien kategorisieren: problemorientierte, emotionsorientierte und bewertungsorientierte Coping-Strategien.

Gemeinsam konnten wir als dbb jugend thüringen erfahren, wie wichtig es ist, unseren doch so oft beruflich eingeengten Blick zu weiten und die Freizeit für positive Erfahrungen zu nutzen. Wir konnten die Coping-Strategie „Sport“ sogleich praktisch mit einem Besuch im Jump Haus erproben und trampolinspringend den Stress des Alltags vergessen.

Die Veranstaltung wurde durch einen gemeinsamen Besuch in einem Dönerladen



© dbb jugend thüringen

er abgerundet, bei welchem wir unsere Energiereserven wieder auffüllen konnten und Zeit für gemeinsamen Austausch über persönliche (Stress-)Erfahrungen hatten.

Das Treffen hat uns gezeigt, dass wir nicht allein mit alltäglichen Herausforderungen sind, aber dass es zahlreiche Möglichkeiten gibt, mit diesen gesund umzugehen.

Fühlst du dich auch manchmal gestresst und überfordert?

Dann helfen vielleicht folgende Tipps, welche wir zusammenbringen konnten:

- > feste Strukturen und Routinen schaffen
- > soziale Kontakte pflegen
- > sich der eigenen Stärken bewusst werden
- > bewusster Medienkonsum
- > tägliche Bewegung, frische Luft
- > Atem-, Meditationsübungen

Rückblick Frauenseminar

Erfolgreich und professionell Gespräche führen

Ob beruflich, gewerkschaftlich oder auch privat ... wir alle möchten in Gesprächen unsere Position gut vertreten und im besten Fall natürlich unser Gegenüber überzeugen.

Dies klappt aber nicht immer so, wie wir uns das im Vorfeld vorgestellt haben. Und hier setzte das diesjährige Seminar der tbb frauenvertretung unter der Überschrift „Erfolgreich und professionell Gespräche führen“ an. Als Dozentin konnten wir Christina Schmitz-Riol vom Institut für Sprechbildung aus Weimar gewinnen. Das Frauenseminar fand vom 5. bis 7. Mai 2023 in Gotha statt.

Der Seminarfokus lag auf Gesprächen im beruflichen und gewerkschaftlichen Kontext, aber das eine oder andere lässt sich natürlich auch in den privaten Bereich überklappen. Mit einer klaren Ausnahme ... Teenager in der Pubertät.

Schmitz-Riol brachte uns zum einen Methoden der Gesprächsführung näher und unterlegte dies mit wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie ihrem umfangreichen Erfah-

rungsschatz im Bereich der Gesprächsführung.

Aber die Teilnehmerinnen waren nicht nur Zuhörerinnen. Es wurden eigene Erlebnisse und aktuelle Problemstellungen vorgestellt. Denn grau ist alle Theorie, die Realität bietet jedoch einen bunten Strauß an Themen und Personen, mit denen man in Gesprächen zu tun bekommt. Hier vergessen wir oft, uns in die Position des Gegenübers zu versetzen. Wir müssen aktiv zuhören und verstehen, wo unsere Gesprächspartner stehen.

In großer Runde und kleinen Gruppen wurde geübt, wie man das Gehörte tatsächlich umsetzen kann. Dabei gaben sich die Teilnehmerinnen gegenseitig konstruktives Feedback und stellten fest, dass sie manche Sachen bereits schon aus dem Bauch heraus richtig machen. Sie erhielten Tipps



© Doreen Trautmann

von der Dozentin, wo noch Potenzial ist.

Nicht immer können wir uns allerdings auf ein Gespräch vorbereiten. Manchmal klingelt einfach das Telefon, steht jemand im Zimmer oder man muss spontan als Vertretung einspringen. Dabei kam in den drei Tagen die Erkenntnis, dass viele Methoden auch in solchen Überraschungsmomenten genutzt werden können. Wir müssen sie nur verinnerlichen und nicht mit zu hohen Selbstanforderungen herangehen. Oftmals machen wir uns viel zu viele Gedanken und verlieren dabei das Wesentliche aus dem Blick.

Ein Seminar kann dabei nur einen Werkzeugkasten zur Ver-

fügung stellen. Wir entscheiden, was wir daraus nutzen wollen und was für uns passt. Zu einer erfolgreichen Gesprächsführung gehört Authentizität.

Wir als tbb frauenvertretung nehmen aus dem Seminarfeedback der Teilnehmerinnen mit, dass wir mit dem Thema in Schwarze getroffen haben und der Wunsch weiterer Seminare in diese Richtung besteht. Dank auf diesem Weg an die Dozentin und Teilnehmerinnen für die angenehme und offene Seminaratmosphäre.

*Doreen Trautmann,
Landesfrauenvorsitzende
tbb frauenvertretung*

Zwischenbericht

Arbeitsgruppe Arbeitsschutz

Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein Dauerthema in der öffentlichen Verwaltung – das aber in der Vergangenheit oft nicht ernst genug genommen wurde seitens der Dienstherrn in Landesbehörden und Kommunen. In der Arbeitsgruppe Arbeitsschutz des tbb wird sich genau mit diesem Thema intensiv beschäftigt.

Es gibt nach Ansicht der Mitglieder der Arbeitsgruppe, die aus Vertretern der Fachgewerkschaften DSTG, komba, DPoIG, tlv, BTB, TPhV besteht, ausreichende gesetzliche Regelungen zum Arbeitsschutz, jedoch hält sich der öffentliche Arbeitgeber kaum an diese Vorgaben. Während bei privaten Unternehmen Kontrollen und Sanktionen stattfinden, entzieht sich der Dienstherr oftmals seiner Verantwortung. Aus dem Jahresbericht 2021 der Thüringer Arbeitsschutzbehörden geht hervor, dass im Jahr 2021 insgesamt 10 203 Überprüfungen stattgefunden haben. In der öffentlichen Ver-

waltung wurden im Jahr 2021 lediglich 44 Revisionen durchgeführt, dabei ist die öffentliche Verwaltung der größte Arbeitgeber in Thüringen (Quelle: Thüringer Landtag, Drucksache 7/6346). Dieser deutlichen Diskrepanz muss entgegenwirken werden.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, ein Forderungspapier zu erarbeiten und Vorschläge zu unterbreiten, wie besser mit dem Thema in der öffentlichen Verwaltung umgegangen werden sollte. Der Dienstherr muss in die Pflicht genommen werden, denn Arbeitsschutz gilt für alle. Und nur mit einem großen En-

gagement im Gesundheitsschutz kann der Dienstherr mit seinen Bediensteten, die unter der jahrelangen Sparpolitik der Landesregierung leiden, auch in Zukunft die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufrechterhalten. Zahlreiche Krankenkassen berichten immer wieder über die hohen Krankenstände in der öffentlichen Verwaltung. Ein Dauerthema. Nicht zuletzt hat auch der öffentliche Arbeitgeber ein starkes Eigeninteresse das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz zu fokussieren, da auch die öffentlichen Arbeitgeber zunehmend Probleme bei der Nachwuchsgewinnung bekommen und die Konkurrenz des privaten Arbeitsmarktes deutlich spürbar ist. Der tbb fordert seit Jahren, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern. Ein wichtiger und bedeutender Aspekt ist hierbei eine spürbare und deutliche Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im öffentlichen Dienst.

Das Forderungspapier wird Forderungen unter anderem zu den Themen Stärkung der Kontrollinstanzen, Durchsetzung der gesetzlichen Vorgaben zum Arbeitsschutz, Führungskräftebildungen und Verfahrensstandards enthalten. Ziel ist es, dieses Papier noch in diesem Jahr der Landesleitung des tbb zu übergeben.

Bereits im Herbst 2023 sollen erste Schulungen für Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen zum Thema Rechte und Pflichten im Thüringer Personalvertretungsgesetz im Rahmen des Arbeitsschutzes und des Betrieblichen Gesundheits- und Eingliederungsmanagements angeboten werden. Ziel ist es, die Personalvertretungen zu stärken. Auch die Bediensteten sind gefragt, ihre Rechte und Pflichten einzufordern und wahrzunehmen!

*Susanna Herrmann,
Leiterin AG Arbeitsschutz*

> GdS Thüringen

Neuwahlen bei Gewerkschaft der Sozialversicherung

Die Wahl des neuen GdS-Landesvorstands Thüringen fand am 13. Mai 2023 in Weimar-Legefild statt.

Zum neuen Vorsitzenden wurde Sven Isler, zu seinen beiden Stellvertreterinnen Petra Jäcks und Katharina Böcking gewählt.

Weitere Mitglieder im Landesvorstand sind:

- > Schatzmeister Tim Christopher Stauf
- > Landesjugendleiterin Pauline Bernecker
- > Werbebeauftragter Michael Streck
- > Schriftführer Georg Vent
- > Frauenbeauftragte Elke Reiher
- > Beisitzer/-in sind Tim Kunert und Susanne Mauersberger.

Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für die neue Amtszeit!



© GdS Thüringen (3)

Ein Grußwort überbrachte der tbb Landesvorsitzende Frank Schönborn. Dafür und für die interessanten Informationen herzlichen Dank.

*Elke Reiher,
GdS Thüringen*



